



Verschuldung wächst

Indien soll für den Bewilligungszeitraum April 1989 bis April 1990 umgerechnet knapp 14 Milliarden DM erhalten. Das hat Ende Juni hat das 'Aid India Consortium' in Paris beschlossen. Dies sind etwa 800 Millionen DM mehr als im abgelaufenen Bewilligungszeitraum. Die Höhe wurde von der indischen Delegation als "nicht enttäuschend" bezeichnet. Man hatte jedoch insgeheim mit einer Steigerung um etwa 2 Milliarden DM verglichen mit dem Vorjahreszeitraum gerechnet. Damit wächst Indiens Auslandsverschuldung weiter.

Die Höhe der indischen Auslandsverschuldung hat die Gemüter der Wirtschaftsfachleute in den vergangenen Jahren zunehmend bewegt. Schätzungen über die Höhe der indischen Schulden gegenüber dem Ausland schwanken derzeit zwischen umgerechnet etwa 70 Milliarden DM, die im Haushaltsentwurf des letzten Wirtschaftsgutachtens angegeben werden, und 120 Milliarden DM, die in zwei Studien - vom in Washington ansässigen 'Institute of International Finance' und von der 'Manufacturers Hanover in New York', einer der führenden US-Banken - veröffentlicht wurde. Die höhere Schätzung, die vor kurzem der indischen Presse präsentiert wurde, hat bei den verschiedenen Wirtschaftsfachleuten Indiens keine große Überraschung hervorgerufen. Sie hatten schon wesentlich früher betont, daß es sich bei den regierungsamtlichen Angaben um geschönte Angaben handele. Dr. Ashok Mitrahad, der sich bei seinen Berechnungen auf Daten der OECD stützt, schätzt die indischen Auslandsschulden auf etwa 110 Milliarden DM. V. Bharti, ein Kolumnist der 'Economic Times of India',

hat darauf aufmerksam gemacht, daß Indien, mit lang und mittelfristigen Anleihen in Höhe von knapp 100 Milliarden DM auf dem 'besten' Wege sei, größtes Schuldnerland im asiatischen Raum zu werden. In diesem Zusammenhang sei von noch entscheidenderer Bedeutung, daß sich das Land über kommerzielle Kredite zu hohen Zinssätzen immer mehr in die Abhängigkeit von Privatbanken begeben.

Ob sich Indien in einer solchen Situation erneut einen Großkredit bei der Weltbank beantragen würde, war bei Fachleuten lange Zeit heftig umstritten. Viele waren der Auffassung, die Regierung werde zumindest vor den vermutlich Ende des Jahres stattfindenden Parlamentswahlen keinen derartigen Schritt mehr unternehmen, weil die Bedingungen, die Weltbank und Internationaler Währungsfonds in der Regel an eine Kreditvergabe knüpften, zu unpopulären Schritten gegenüber der Bevölkerung führen müßten.

Vom Standpunkt derer, die nicht nur kurzfristige wahlpolitische Interessen im Auge haben, sondern langfristig an den Wohlstand der Bevölkerung denken, spielt es keine entscheidende Rolle, ob wirtschaftspolitische Entscheidungen, die aller Voraussicht nach zu Lasten der Armen im Lande gehen werden, ein Jahr früher oder später getroffen werden. Ihrer Ansicht nach besteht die Hauptaufgabe darin, die Ursachen, die eine derartige Politik erzwungen haben, endgültig zu beseitigen.

Wessen Macht?

— Neue Panchayat-Raj-Gesetzgebung —

Die Entscheidung der Zentralregierung, durch eine Neufassung der 'Panchayat-Raj-Gesetzgebung' Gemeinderäten mehr Entscheidungsbefugnisse und Millionen von Menschen im ländlichen Indien mehr politisches Mitspracherecht zu geben, ist von der Opposition kritisiert worden. Ihre Kritik richtet sich vor allem gegen Befürchtungen, die Bundesstaatenregierungen könnten an Kompetenzen einbüßen. Was aber sagen die, die tagtäglich hautnah mit der Realität in den indischen Dörfern konfrontiert werden? Bunker Roy, ein bekannter indischer Journalist und Kenner der Situation im ländlichen Indien, nimmt in dem nachfolgenden Artikel sehr kritisch zu der Frage Stellung, inwieweit die Neufassung des 'Panchayat-Raj-Gesetzes' zu mehr sozialer Gerechtigkeit und Mitspracherecht der großen Masse der Bevölkerung beitragen könnte.

Soweit mir bekannt, liegt dem neuen 'Panchayat-Gesetz' ein Entwurf von Leuten zugrunde, die nie zuvor die

Arbeit eines Gemeinderates gesehen, geschweige denn ein Dorf betreten haben. Aber auch die Tatsache, vor Jahrzehnten einmal 'sarpanch' (Vorsitzender eines Gemeinderates) oder 'district collector' (Kreisdirektor) gewesen zu sein, würde keinesfalls bedeuten, die heutige Arbeit der einer Gemeinde, eines 'panchayats' besser beurteilen zu können. Es ist nicht das erste Mal, daß die Regierung die Verantwortung für die Bearbeitung einer so wichtigen Thematik an sogenannte 'Experten' überträgt, die eher dem gängigen westlichen 'Yuppie-Klischee' entsprechen und deren Hauptbeschäftigung darin besteht, sich auf Cocktail-Parties zu tummeln. Für sie ist die Problematik der ländlichen Entwicklung in erster Linie eine Frage des richtigen Marketing.

Es ist jedoch nicht so, als verfüge die Regierung nicht auch über Kontakte zu den Leuten, die die Situation in den Gemeinden aus einer anderen Perspek-